

Mitteilungsvorlage	
- öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW	
Drucksachen-Nr.	Kosten der Drucksachen-Gruppe
<u>1213053</u>	7.443,44 € 08.10.12
Externe Dokumente	

Betreff
Sachstandsbericht Integrationskonzept

Finanzielle Auswirkungen	Stellenplanmäßige Auswirkungen
<input type="checkbox"/> Ja, sh. Begründung <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, sh. Begründung <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Verwaltungsinterne Abstimmung	hh:mm	Datum	Unterschrift
Federführung: Stabsstelle Integration		05.10.2012	gez. Manemann
Amt 03		29.09.2012	gez. Appelbe
Amt 04		24.09.2012	gez. Rubarth
Amt 11		26.09.2012	gez. Gehrman
Amt 13		01.10.2012	gez. Hoffmann
Amt 33		25.09.2012	gez. Dick
Amt 40		28.09.2012	gez. Zelmanski
Amt 41		25.09.2012	gez. Heuser
LZ 41-6 Stadtbibliothek		28.09.2012	gez. Belloff
Amt 41-7		01.10.2012	gez. Gäb
LZ 41-8 VHS		25.09.2012	gez. Dr. Schöll
Amt 50		25.09.2012	gez. Berger
Amt 51		28.09.2012	gez. Stein
Amt 52		25.09.2012	gez. Herkt
Amt 53		01.10.2012	gez. Dr. Heyer
Amt 61		27.09.2012	gez. Wagner
Dez. I		25.09.2012	gez. Fuchs
Dez. II		05.10.2012	gez. Prof. Sander
Dez. III		02.10.2012	gez. R. Wagner
Dez. IV		26.09.2012	gez. Schumacher
Dez. V		01.10.2012	gez. Wahrheit
Dez. VI		04.10.2012	gez. Wingenfeld
Genehmigung/Freigabe durch OB / Amt 02		05.10.2012	gez. Nimptsch

Beratungsfolge	Sitzung	Ergebnis
Integrationsrat	23.10.2012	Kenntnis genommen
Ausschuss für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen	25.10.2012	Kenntnisnahme
Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz	31.10.2012	Kenntnisnahme
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	06.11.2012	Kenntnis genommen
Kulturausschuss	13.11.2012	Kenntnis genommen
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsförderung	22.11.2012	Kenntnisnahme
Schulausschuss	22.11.2012	Kenntnisnahme
Sportausschuss	22.11.2012	Kenntnisnahme
Hauptausschuss	06.12.2012	Kenntnisnahme
Rat	13.12.2012	Kenntnisnahme

Inhalt der Mitteilung

Die Erstellung eines Integrationskonzeptes der Stadt Bonn war einer der ersten Arbeitsaufträge an die ab 1. Februar 2008 im Aufbau befindliche Stabsstelle Integration. Grundlage für die Erstellung des Konzeptes waren eine Bestandsaufnahme aus dem Jahr 2005 („Integrationsbericht“), das „Eckpunktepapier Integrationskonzept“ und die erste Integrationskonferenz 2007 (als „Anhörung“ zum Eckpunktepapier) sowie die zum Eckpunktepapier und zur Integrationskonferenz 2007 zahlreich eingegangenen Anregungen und Vorschläge von Trägern, Organisationen, Institutionen, Fraktionen u.a.

Das Integrationskonzept wurde im Mai 2009 fertig gestellt. Am 25.06.2009 wurde es dem Rat der Stadt Bonn vorgelegt und von diesem zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Diese wurden jedoch erst nach der Kommunalwahl ab Herbst 2009 neu gebildet. Die Beratung des Integrationskonzeptes in den Ausschüssen fand daher 2010 statt. Danach stand das Integrationskonzept am 08.07.2010 erneut auf der Tagesordnung des Rates und wurde von diesem einstimmig beschlossen.

Mit dem Sachstandsbericht zum Integrationskonzept informiert die Verwaltung über den aktuellen Stand bezüglich der seinerzeit beschlossenen Maßnahmen. Diese ergeben sich aus Kapitel 6 des Integrationskonzeptes („Handlungsfelder“). Zudem werden weitere Vorhaben aus anderen Teilen des Konzeptes aktuell kommentiert. Obwohl das Integrationskonzept erst im Juli 2010 vom Rat beschlossen wurde, finden sich an mehreren Stellen im Bericht Maßnahmen oder Projekte, mit denen schon 2009 begonnen wurde. Dies hängt mit dem mehr als einjährigen Vorlauf (Mai 2009 Fertigstellung des Konzeptes durch die Verwaltung; Juli 2010 Beschlussfassung im Rat) zusammen.

Der Sachstandsbericht zum Integrationskonzept 2010 ist nicht gleichzeitig die Fortschreibung. Neue Maßnahmen und Entwicklungen werden bei der Fortschreibung und Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes 2013/2014 berücksichtigt.

Die Verwaltung hat immer darauf hingewiesen, dass das Integrationskonzept nur einen Ausschnitt all der Aktivitäten, Maßnahmen, Programme und Projekte der gesamten Integrations- und interkulturellen Arbeit in Bonn aufzeigt und weder eine vollständige Bestandsaufnahme sein soll noch eine verbindliche Arbeitsplanung aller Beteiligten sein kann. Das Themenfeld Integration und interkulturelle Arbeit ist in einem stetigen Prozess der Weiterentwicklung und neben der Verwaltung und ihren Einrichtungen gibt es zahlreiche andere Akteure - freie Träger, Verbände, Vereine und öffentliche Institutionen -, die in diesem Bereich aktiv sind.

Wesentlicher Bestandteil des ersten Integrationskonzeptes der Stadt Bonn war daher auch zunächst die gewünschte und überfällige grundsätzliche Positionierung der Stadt Bonn (Definition, Leitlinien, Zielgruppen) sowie die strukturelle Verortung (Bund, Land, Kommune).

Mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz ist ein vom Rat beschlossenes Integrationskonzept künftig Voraussetzung für ein vom Land finanziell gefördertes „Kommunales Integrationszentrum“. Dieses wird in Umsetzung des Integrationsgesetzes durch Umwandlung und Neuausrichtung der bisherigen RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) gebildet (siehe DS 1212584).

Die Weiterentwicklung des bestehenden Integrationskonzeptes der Stadt Bonn bleibt also auch aus diesem Grund dauerhafte Aufgabe für die Verwaltung. Hierbei ist angesichts des Querschnittsthemas Integration gründlich zu bedenken, wie mit Blick auf die große Gruppe

und Vielfalt der zu beteiligenden Akteure und angesichts weiterer Pläne und Konzepte ein modernes städtisches Integrationskonzept künftig aussehen kann. Hierzu wird voraussichtlich 2013 ein Vorschlag der Verwaltung vorgelegt.

Sachstandsbericht Integrationskonzept

6.1 Handlungsfeld Sprachkompetenz

Maßnahmen

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
1	<p>1. Das Sprachförderkonzept der Stadt Bonn wird mit Blick auf wohnortnahe und zielgruppenspezifische Angebote fortgeschrieben. Hierbei werden insbesondere berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sprachförderung für Kinder vor dem Übergang vom Kindergarten zur Grundschule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule - Ausbildungsvorbereitende und berufsbegleitende Sprachförderung - Niederschwellige Sprachförderangebote vor und nach den Integrationskursen zum Erlernen und Anwenden der deutschen Sprache im Alltag 	<p>Das Sprachförderkonzept der Stadt Bonn (siehe DS 0710060) ist zuletzt 2007 vorgelegt und beschlossen worden. Eine Fortschreibung bzw. Neuauflage ist noch nicht erfolgt. Da sich im Bereich der Sprachförderung die Angebote und Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte in den letzten Jahren weiterentwickelt und verändert haben, ist zunächst eine Bestandsaufnahme notwendig. Dies wird u.a. Aufgabe der neuen RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, künftig: „Kommunales Integrationszentrum“) sein, zumal „sprachliche Bildung“ hier vom Land als wichtige Aufgabe vorgegeben ist.</p> <p>Im Prozess "Inklusive Bildung Bonn" wird (vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates im Dezember 2012) das Thema "Sprachbildung" und die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes der durchgängigen Sprachbildung für alle Kinder und Jugendlichen in der Stadt Bonn ein ganz zentrales Schwerpunktthema. Die Bestandsaufnahme, die Angebote und die Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte erfolgen in enger Abstimmung mit dem Gesamtkonzept der durchgängigen Sprachbildung im Prozess "Inklusive Bildung Bonn".</p>
2	<p>2. Die zweisprachigen Sprachförderprojekte „Griffbereit“ (0-3 Jahre) und „Rucksack I“ (3-6 Jahre) werden deutlich ausgebaut. "Rucksack II" (ab 6 Jahre) soll ebenfalls angeboten werden.</p>	<p>„Rucksack“ als nachhaltiges Programm der Sprachförderung und Elternbildung in <u>Kindertagesstätten</u> ist deutlich ausgebaut worden. In Bad Godesberg bestehen zurzeit zehn Rucksackgruppen, die aus den Rücklagen der früheren Engels-Marienforst-Stiftung finanziert werden. In anderen Stadtteilen bestehen weitere zwölf Rucksackgruppen, von denen zehn aus</p>

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
		<p>Mitteln des Amtes für Kinder, Jugend und Familie und zwei aus Mitteln der Stabsstelle Integration finanziert werden. Das Rucksack-Programm in Kindertagesstätten kostet rund 10.000 € pro Rucksackgruppe pro Jahr. Die Förderung soll fortgesetzt werden.</p> <p><u>Rucksack-Schule</u>, das konzeptionell an Rucksack-Kita anschließt, wendet sich an Kinder der Klassen 1 und 2 und ist in Bonn bislang noch nicht umgesetzt worden, da Haushaltsmittel nicht zur Verfügung standen. Die Kosten für Rucksack-Schule betragen derzeit rund 12.500 € pro Rucksackgruppe pro Jahr.</p> <p>Von einem der beiden Bonner Träger des Rucksack-Programms ist aus der Erfahrung mit Rucksack in der Kita das Projekt <u>Mütter bilden – Kinder fördern</u> für Grundschulkinder der Klassen 1 – 4 entwickelt worden und wird derzeit an drei Grundschulen in Bad Godesberg (finanziert aus den Rücklagen der früheren Engels-Marienforst-Stiftung) umgesetzt. An zwei weiteren Standorten (Tannenbusch, Medinghoven) bemühen sich Grundschulen und Träger / Organisationen mangels städtischer Mittel um andere Finanzierungen. Mütter bilden – Kinder fördern kostet rund 10.500 € pro Müttergruppe pro Jahr.</p> <p>Das Projekt <u>Griffbereit</u> für Eltern mit Kindern von 0-3 Jahren findet in- oder außerhalb von Kitas statt und derzeit an zwei Standorten. Griffbereit kostet rund 25.000 € pro Gruppe pro Jahr.</p>
3	<p>3. Durch regelmäßige Fortbildungen des pädagogischen Personals in den städtischen Kindertageseinrichtungen und des pädagogischen Personals in OGS soll die Förderung des frühkindlichen Deutschenerwerbs und die Mehrsprachigkeit der Kinder intensiv unterstützt werden. Hierzu wird ein Weiterbildungskonzept entwickelt.</p>	<p>Sieben Fortbildungsangebote des Schulamtes haben 2010/2011 für alle OGS zu den Themen Spracherwerbstheorien/Bausteine der Sprachentwicklung/Sprechstile und Merkmale von allgemein sprachförderlichen Sprachlehrstrategien/Bedeutung der Sprachentwicklung für den Schriftspracherwerb/Hilfen zur Ermittlung des Förderbedarfs; Vom Bewegungshandeln zum Sprachhandeln, Leselust, Gewaltfreie Kommunikation, stattgefunden.</p> <p>Für Erziehende in Kindertageseinrichtungen, Lehrende an Grund- und Förderschulen und Erziehende in den OGS wurden von der VHS 17 Workshops mit 259 Teilnehmenden durchgeführt, bei denen der Spracherwerb mit und durch Musik im Mittelpunkt stand.</p> <p>Die erforderlichen Mittel stehen zur Verfügung.</p>
4	<p>1. Stadtteilmütter werden über das Rucksack-Projekt hinaus</p>	<p>Die Bezeichnung „Stadtteilmütter“ wird im Rucksack-Programm in NRW nicht mehr ver-</p>

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	<p>im Stadtteil als Honorarkräfte zu Ansprechpartnerinnen und Multiplikatorinnen für Eltern und Erzieher/innen. Neben den „Stadtteilmüttern“ sollen künftig auch „Stadtteinväter“ qualifiziert werden.</p>	<p>wendet. Die Eltern (bislang vor allem Mütter) sind nun „Elternbegleiter/innen“. Der Begriff „Stadtteilmütter“ ist in andere inhaltliche Konzepte übergegangen. Beispiel hierfür ist das Pilotprojekt von Land NRW und Diakonie „Stadtteilmütter in NRW - Aktiv für Arbeit und Integration“ in Essen, Bochum und Dortmund. Dabei geht es ganz zentral auch um die eigene berufliche Qualifizierung der „Stadtteilmütter“. Das gesellschaftliche Ehrenamt dieser „Stadtteilmütter“ leisten in Bonn Integrationslotsen mit und ohne eigenen Migrationshintergrund. Dieses Projekt der Stabsstelle Integration begann 2008 und hat sich überaus bewährt. Eine Qualifizierung von „Stadtteilmüttern“ im damaligen Sinne ist daher nicht geplant.</p> <p>Die Kosten für das Projekt Integrationslotsen (Erstattung Fahrtkosten, Fortbildungen u.a.) sind im Budget der Stabsstelle Integration vorhanden.</p>
5	<p>2. Für die bestmögliche Sprachförderung und Unterstützung der Mehrsprachigkeit wird ein Projekt ausgeschrieben und in mehreren städtischen Kindertagesstätten mit besonders ausgebildetem Personal modellhaft entwickelt.</p>	<p>Ein solches Projekt konnte bislang nicht realisiert werden. Die Verwaltung strebt jedoch an, dies in Zusammenarbeit des Amtes für Kinder, Jugend und Familie mit der neuen RAA/ Kommunales Integrationszentrum umzusetzen.</p>
6	<p>3. Das vom Land NRW gesetzlich vorgeschriebene Sprachstandsfeststellungsverfahren Delfin 4 wird jährlich mit den Praktikern vor Ort (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Eltern) ausgewertet, um ggf. zeitnah eine Weiterentwicklung einbringen zu können.</p>	<p>„Delfin“ ist ein vom Land NRW vorgegebenes Verfahren. Über Diagnostik und Verfahren wird seit längerem auch auf Landesebene kontrovers diskutiert. Seitens des Landes ist beabsichtigt, „Delfin 4“ grundlegend zu überprüfen. Im "Handbuch Inklusive Bildung Bonn" werden Vorschläge für Bonn dargelegt.</p>

6.2 Handlungsfeld Bildung

Maßnahmen

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
7	<p>1. Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien werden mit einem breit angelegten Projekt</p>	<p>Das Projekt „Individuelle Lernförderung für Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien“ ist in 2010 begonnen worden (siehe DS</p>

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	zur individuellen Lernförderung für einen besseren Schulerfolg gezielt gefördert.	1210019). Die Förderung der Schüler/innen an fünf Grundschulen und zwei Hauptschulen begann 2011. Ab 2012 sind diese fünf Grundschulen übergegangen in das Projekt „Chancen der Vielfalt nutzen lernen“, das das Land NRW an neun Standorten mit Hochschulen und Kommunen umsetzt. Eine weitere Grundschule ist hinzugekommen. Am Projekt „Individuelle Lernförderung“ der Stabsstelle Integration nehmen aktuell fünf Hauptschulen teil. Die Resonanz auf beide Projekte ist überaus positiv. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.
8	2. Mit einem gesamtstädtischen Konzept werden bessere Übergangsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund an weiterführende Schulen sowie höherwertige Schulabschlüsse angestrebt.	Im Handbuch Inklusive Bildung Bonn wird auch in besonderer Weise auf das Thema Übergänge eingegangen. Derzeit verfolgen bereits die Konzepte für OGS und die Sozialarbeit an Schulen den Ansatz. Im Rahmen des Schwerpunktes „Lernbiografie ohne Brüche“ werden Grundsätze für erfolgreiche Übergänge <u>aller</u> Kinder und Schulen abgestimmt. Alle Bemühungen zielen darauf ab, Brüche in den Bildungsbiografien junger Menschen zu vermeiden und damit die Übergangsquoten zu verbessern. Die Projekte Individuelle Lernförderung und Chancen der Vielfalt nutzen lernen (Ifd. Nr. 7) fördern das Erreichen eines höherwertigen Schulabschlusses. Gezielte Maßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund werden künftig auch Aufgabe der neuen RAA/Kommunales Integrationszentrum sein.
9	3. Das Projekt BiBo – Bildungspatenschaften Bonn, in dem Studierende als Bildungspatinnen und –paten Grundschulkindern mit Migrationshintergrund begleiten und unterstützen, wird intensiviert.	BiBo wird seit 2008 von der Stabsstelle Integration in Zusammenarbeit mit der Studenteninitiative weitblick bonn e.V. an fünf Bonner Grundschulen durchgeführt. In den letzten beiden Jahren konnte das Projekt im bisherigen Umfang fortgeführt, aber nicht erweitert werden. Trotz großer Anstrengungen gelang es nicht, die Zahl der Studentinnen und Studenten zu erhöhen, die eine Patenschaft für ein Schuljahr übernehmen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Verdichtung des Studiums, die Studierenden immer weniger Spielraum für ein ehrenamtliches Engagement lässt. Daher bleibt es vorerst bei den bisherigen Standorten.
10	4. Für Schulen und OGS wird ein Fortbildungskonzept mit den Themenschwerpunkten Interkulturelle Erziehung und	Für alle OGS haben 2010/2011 Fortbildungen von Schulamt und VHS zu den Themen Interkulturelles Training, Kulturelle Werte und ihre Bedeutung für die pädagogische Arbeit in

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	<p>Bildung, Elternarbeit und Religion entwickelt.</p>	<p>der OGS, Interkulturelle Spiele - Spiele aus anderen Kulturen, stattgefunden. Aufgrund des Bedarfes sind interkulturelle Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte künftig auch Aufgabe der neuen RAA/Kommunales Integrationszentrum (siehe DS 1112019NV6).</p>
11	<p>1. Die Stadt Bonn startet eine Initiative, um Eltern mit Migrationshintergrund über das Schul- und Bildungssystem, über Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern, über die Übergänge (Kindergarten/ Grundschule, Grundschule/ weiterführende Schule, Schule/Ausbildung/Studium/ Beruf) und über spezifische Themen (z.B. Sprachentwicklung, Muttersprache) zu informieren und sie zur Beteiligung zu ermutigen. Hierzu wird ein Konzept entwickelt.</p>	<p>Um eine Initiative im genannten Umfang zu konzipieren, zu starten und umzusetzen, fehlten der Verwaltung die personellen Ressourcen. Die Verwaltung hat jedoch sehr gezielt mit interkulturellen Trägern zusammengearbeitet und Angebote durch Projektförderungen unterstützt wie beispielsweise „Clever und mittendrin“ (BIM e.V.), „Die Gesetze des Schulerfolgs“, „Schule und Familie“ u.a. (Fiber e.V.), Zweisprachige Elternabende u.a. (FiBB e.V.). Die Verwaltung begrüßt weitere sinnvolle Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund z.B. von Kultur verbindet e.V., Haus der Generationen e.V. und anderen. Die notwendigen Aktivitäten in diesem Bereich wird die neue RAA/ Kommunales Integrationszentrum künftig intensivieren.</p>
12	<p>2. Im Rahmen der Landesinitiative "Qualitätsoffensive Hauptschule" können Hauptschulen ab sofort erproben, wie der Unterricht in den Herkunftssprachen als zweite Fremdsprache neben Englisch aufgewertet werden kann. Türkisch, Arabisch, Russisch oder andere Sprachen können als zweite oder dritte Wahlfremdsprache oder als Wahlpflichtfach angeboten werden. Voraussetzung ist, dass u.a. die Vorgaben der Kultusministerkonferenz für eine Anerkennung als zweite Fremdsprache (14 Wochenstunden) vorliegen. Bei einem möglichen Wechsel von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zur gymnasialen Oberstufe entfällt dann die zweite neu einsetzende Fremdsprache. Die Stadt Bonn unterstützt alle Hauptschulen, die diesen Weg</p>	<p>Die Landesinitiative „Qualitätsoffensive Hauptschule“ wurde im Jahr 2008 gestartet, geht also auf die frühere Landesregierung zurück. An dieser Initiative hat keine Bonner Hauptschule teilgenommen. Von der neuen Landesregierung wurde die „Qualitätsoffensive Hauptschule“ in der bisherigen Form nicht fortgesetzt, wenngleich wesentliche Ziele und Maßnahmen, die damit verbunden waren, auch von ihr weiter verfolgt werden. So gibt es nach wie vor die Möglichkeit, Herkunftssprachen wie Arabisch, Russisch oder Türkisch als erste Fremdsprache (anstelle von Englisch) sowie als zweite oder dritte Fremdsprache anerkennen zu lassen. Die Zuständigkeit für die inhaltliche Ausgestaltung liegt allerdings ausschließlich bei den einzelnen Schulen. Die Verwaltung hat hier keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten.</p>

lfd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	gehen wollen.	
13	3. Die Stadt Bonn initiiert ein "Elternnetzwerk Bonn", das - bestehend aus Eltern mit Migrationshintergrund - in Kindertagesstätten, Familienzentren, Schulen, Migrantenorganisationen und Moscheevereinen andere Eltern mit Migrationshintergrund über das Schul- und Bildungssystem informiert und zur Mitwirkung ermutigt.	Aufgrund des Bedarfes hatte zunächst die konkrete Unterstützung von interkulturellen Trägern und MSO mit und für Eltern sowie die Projekte Integrationslotsen und BiBo – Bildungspatenschaften Bonn Vorrang. Das interkulturelle Elternnetzwerk wird aber nach wie vor für sinnvoll und notwendig erachtet und soll als Projekt der neuen RAA/Kommunales Integrationszentrum 2013/2014 aufgebaut werden.

6.3 Handlungsfeld Ausbildung und Arbeit

Maßnahmen

lfd. Nr.	Priorität	Umsetzung
14	1. Die Verwaltung prüft, ob und in welcher Form ein Projekt „Junge Migranten werben für Ausbildung“ etabliert werden kann.	Mit „Go4Jobs!“ e.V. gab es in Bonn bis 2005 einen Verein junger Fachkräfte, der bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine qualifizierte Ausbildung warb. An dieses Vorbild kann mit einem neuen Konzept, das der aktuellen Situation entspricht, angeknüpft werden. In den letzten beiden Jahren wurden daher Gespräche mit diversen Akteuren im Übergangssystem Schule/Beruf geführt, die sich für eine Wiederbelebung der Grundidee von „Go4Jobs!“ aussprachen. Auch nach Einschätzung der Verwaltung ist ein solches Projekt sinnvoll. Konkrete Schritte zur Umsetzung konnten jedoch bislang nicht unternommen werden. Hierfür wären in jedem Fall zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich, denn ein solches Projekt ist ohne eine professionelle Leitung (hauptamtliche Fachkraft) und ein Budget für Sachkosten nicht realisierbar.
15	2. Entwicklung und Erprobung neuer Ansprachekonzepte zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund.	Zum Zeitpunkt der Erstellung des Integrationskonzeptes gab es Pläne, ein entsprechendes Projekt in freier Trägerschaft, aber mit Unterstützung von Land und Stadt umzusetzen. Letztlich konnte die Finanzierung aber nicht sichergestellt werden. Gegenwärtig wird das Thema „Berufliche Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten“ im Rahmen des vom Bund geförderten „Netzwerk IQ - Integration durch Qualifizierung“ wieder

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
		<p>aufgegriffen. Die Region Bonn / Rhein-Sieg-Kreis ist hier eine von nur drei Modellregionen in NRW. Dem regionalen Netzwerk IQ gehören als Träger das Bildungswerk für Friedensarbeit und LerNet Bonn/Rhein-Sieg an. Einer der Arbeitsschwerpunkte, denen diese Partner sich widmen, ist die „Entwicklung von Ansprachekonzepten zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Migrant/-innen aller Bildungsniveaus“. Die Stadt Bonn unterstützt das regionale Netzwerk IQ als so genannter strategischer Partner. Zudem wird es von der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg fachlich begleitet. Die Finanzierung aus Bundesmitteln läuft noch bis zum 31.12.2014.</p>
16	<p>3. Systematische Erfassung von Daten zur Zielgruppe „Existenzgründer/innen und Selbstständige mit Migrationshintergrund“ auf regionaler Ebene, um konkrete Bedarfe einschätzen zu können.</p>	<p>Zur vertieften Analyse der „Migrantenökonomie“ wird die Vergabe einer externen Studie angestrebt, die jeweils zu 50 % aus Mitteln des ESF-Förderprogramms und aus Haushaltsmitteln finanziert werden könnte. In dieser Studie würde auch der Bereich der Gründungen behandelt. Die finanziellen Möglichkeiten werden hierzu derzeit abgeklärt.</p>
17	<p>4. Verankerung und Aufbau des Regionalen Übergangsmagements Schule/Beruf, in dessen Rahmen die Zielgruppe „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ besonders berücksichtigt wird. Konkrete Maßnahmen sind u. a. ein einheitlicher Kompetenzcheck (Potentialanalyse) in Klasse 8, darauf aufbauende gezielte und einzelfallorientierte Förder- und Fördermaßnahmen, ein einheitlicher Berufswahlpass und der Einsatz von Berufsbegleitern.</p>	<p>Die genannten Maßnahmen werden seit mehreren Jahren erfolgreich durchgeführt, u.a. auch mit dem Projekt "EinTopf - Förderung der Ausbildungsreife". Die Stadt Bonn hat sich - gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis - im Rahmen des Regionalen Übergangsmagements Bonn/Rhein-Sieg als sog. Referenzkommune erfolgreich um die Teilnahme am "Neuen Übergangssystem Schule-Beruf NRW" beworben.</p>
Ifd. Nr.	Weitere Vorhaben	Umsetzung
18	<p>1. Entwicklung von Strategien zur Einbindung von selbstständigen Migrantinnen und Migranten in regionale Netzwerke.</p>	<p>Bei den von der Wirtschaftsförderung durchgeführten Existenzgründungs- und Betriebsberatungen von Migrantinnen und Migranten wird regelmäßig auch auf das vielfältige Angebot an Unternehmensnetzwerken hingewiesen und werden Kontakte zu den verantwortlichen Ansprechpartnern/innen vermittelt.</p>
19	<p>2. Initiierung einer Fachveranstaltung mit ausländischen</p>	<p>Für ausländische Studierende wie auch für Zugewanderte mit einem akademischen</p>

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	Studierenden bzw. jungen Akademikerinnen und Akademikern mit Migrationshintergrund und relevanten Institutionen zum Thema Akademikermigration.	Abschluss, der im Ausland erworben wurde, ist die Anerkennung ihrer Qualifikationen existenziell. Sie bestimmt ihre Perspektive auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Da die Rahmenbedingungen dafür in den letzten Jahren sehr im Wandel begriffen waren, wurde auch die geplante Fachveranstaltung zunächst zurückgestellt. Mit dem Anerkennungsgesetz des Bundes, das im April 2012 in Kraft getreten ist, und dem geplanten Anerkennungsgesetz des Landes NRW ergibt sich eine neue Ausgangssituation. Vor diesem Hintergrund soll die Fachveranstaltung 2012/2013 stattfinden.

6.4 Handlungsfeld Gesundheit und Altenhilfe

Maßnahmen

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
20	1. Überarbeitung und Neuaufgabe des Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten.	<p>Im Mai 2011 ist eine Neuauflage des Gesundheitswegweisers erschienen. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem Migrantinentreff „Gülistan“ erarbeitet. Die Broschüre ist als Sprachwegweiser konzipiert und enthält die Adressen von Ärzten, Kliniken, therapeutischen Praxen, Hebammen und Beratungsstellen, in denen außer Deutsch weitere Sprachen gesprochen werden. Der Gesundheitswegweiser wird von der Stadt Bonn kostenlos abgegeben. Er wird vor allem von Fachkräften aus Beratungsstellen und Integrationseinrichtungen abgerufen.</p> <p>Die Erfahrungen mit der zweiten Auflage des Wegweisers zeigen, dass der Aufwand für die Recherche und die Erstellung der Broschüre sehr groß ist. Zudem veralten die Informationen relativ schnell, was auch mit einer hohen Fluktuation des Personals im Gesundheitswesen zusammenhängt. Daher ist derzeit offen, ob und in welcher Form der Gesundheitswegweiser zukünftig erneut veröffentlicht werden soll.</p>
21	2. Flächendeckende Einführung von Maßnahmen, die für eine Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen werben (vor allem U8 und U9). In allen	Eltern müssen heute vor Vertragsabschluss im Kindergarten die U-Hefte vorlegen oder eine ärztliche Bescheinigung des Kinderarztes. Darüber hinaus wird vom Fachdienst Kinderschutz (FDK) im Rahmen der sogenannten „U-Untersuchungs-Teilnahmedaten-Verordnung“

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	<p>Kindertageseinrichtungen sollen Eltern persönlich, durch muttersprachliche Informationen und/oder Aktionen im Rahmen von „Ich geh zur U! Und du?“ angesprochen werden.</p>	<p>die Aufgabe Überwachung der Teilnahme und Motivation zur Teilnahme an U-Untersuchungen wahrgenommen (siehe DS 1012084NV2). Mit dem Projekt Gesundheitsförderung für Migrantinnen und Migranten klärt Pro Familia mit zwei Fachkräften mit Migrationshintergrund seit vielen Jahren in KITAS, Migrantenorganisationen, Integrationskursen u.a. über diese Themen auf.</p>
22	<p>3. Intensivierung von mehrsprachigen Info-Veranstaltungen zur Bonner Altenhilfe, insbesondere zum Thema Pflege, in Kooperation mit Migrantenorganisationen.</p>	<p>Die Bonner Altenhilfe hat eine Vortragsreihe mit den Themen Wohnraumberatung, Altenhilfe, Pflegeversicherung und Demenz entwickelt, die bereits mehrfach in zweisprachiger Form (Deutsch mit türkischer oder arabischer Übersetzung) angeboten wurde. Kooperationspartner waren dabei Integrations-einrichtungen und Beratungsstellen, die wiederum Zugang zu bestimmten Gruppen älterer Migrantinnen und Migranten haben. Bislang ist es nicht gelungen, auch mit Migrantenorganisationen entsprechende Kooperationen aufzubauen. Dieser Schritt ist aber notwendig, auch im Hinblick auf die Umsetzung weiterer Maßnahmen (siehe unten). Bei den mehrsprachigen Veranstaltungen wird für die nächsten Jahre ein breiteres Angebot angestrebt. Sowohl die Sprachauswahl als auch die Zahl der Veranstaltungen soll erhöht werden. Ferner ist geplant, Info-Materialien für die Zielgruppe „Ältere Migrantinnen und Migranten“ zu überarbeiten bzw. neu zu konzipieren.</p>
23	<p>4. Verbesserung der Datenbasis im Bereich der Altenhilfe.</p>	<p>Im Rahmen der anstehenden Weiterentwicklung der Seniorenangebote sollen ältere Migrantinnen und Migranten und ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Die Datenerhebung und die Systematik der Bedarfsplanung werden dahingehend angepasst.</p>
24	<p>5. Verankerung des Grundsatzes der interkulturellen Öffnung in den Förderbestimmungen der Bonner Altenhilfe.</p>	<p>Bei der Förderung der Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren und in den Leistungsvereinbarungen, die mit diesen Einrichtungen geschlossen werden, wird der Grundsatz der interkulturellen Öffnung immer berücksichtigt. Hier kann die Stadt Bonn als Zuschussgeber direkt Einfluss nehmen und tut dies auch. In anderen Bereichen der Altenhilfe ist – soweit es um freie Träger geht - eine inhaltliche Einflussnahme deutlich schwieriger. Dennoch soll auch hier im fachlichen Austausch mit Trägern und Einrichtungen darauf hingewirkt werden, dass der Prozess der interkulturellen Öffnung vorangetrieben wird.</p>

lfd. Nr.	Priorität	Umsetzung
25	1. Entwicklung eines Gesamtkonzeptes „Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Bonner Altenhilfe“ (ambulante, stationäre und teilstationäre Versorgung) unter Einbeziehung von Migrantenorganisationen.	Die Bonner Altenhilfe hat einige Einzelprojekte umgesetzt, die auf ein Gesamtkonzept „Interkulturelle Öffnung“ hinführen (z.B. eine zweisprachige Vortragsreihe, siehe oben, Nr. 22). Das Konzept als solches konnte aber noch nicht in Angriff genommen werden. Dies ist nun für 2013-2014 geplant. Schon vorher werden die Kontakte zu Migrantenorganisationen auf- bzw. ausgebaut. Hinsichtlich der interkulturellen Qualifizierung des Personals der Bonner Altenhilfe ist eine enge Abstimmung mit dem Personalamt vorgesehen, auf dessen positive Erfahrungen zurückgegriffen werden kann.

6.5 Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Maßnahmen

lfd. Nr.	Priorität	Umsetzung
26	1. Mit der Initiative „Komm zur Stadt!“ werden Jugendliche aus Migrantenfamilien über die Möglichkeiten einer Ausbildung in der Kommunalverwaltung informiert und zu Bewerbungen ermutigt.	Die Initiative „Komm zur Stadt“ findet seit 2009 statt. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden gezielt über Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt Bonn informiert und ermutigt, sich zu bewerben. Hierzu führt die Stadt in Jugendzentren der vier Stadtbezirke Veranstaltungen durch. Dies soll 2013 fortgesetzt, aber konzeptionell weiterentwickelt werden. Ab 2013 soll zudem zusätzlich einmal jährlich eine Informationsveranstaltung für Eltern, Multiplikatoren, Migrantenorganisationen, Integrationseinrichtungen u.a. stattfinden. Zusätzliche Kosten entstehen nicht.
27	2. Das Anforderungsprofil der Stadt Bonn bei der Auswahl von Auszubildenden wie bei der Besetzung von öffentlich ausgeschriebenen Stellen wird in Bezug auf interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse erweitert.	Bei den Auswahlverfahren im Ausbildungsbereich werden Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz abgefragt und ggf. als Zusatzqualifikation berücksichtigt. Bei Stellen, für die interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse bedeutsam sind, wird das in den Anforderungsprofilen der Stellenausschreibung deutlich gemacht. Auch in den kommenden Jahren soll entsprechend verfahren werden. Zusätzliche Kosten entstehen nicht.
28	3. In regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen insbesondere für Migrantenorganisationen, Integrationseinrichtungen, Migrantinnen und	Seit 2009 werden städtische Ämter und Einrichtungen vorgestellt. Bislang waren dies sechs Veranstaltungen. Die Reihe soll fortgesetzt werden; zusätzliche Kosten entstehen nicht.

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	Migranten werden städtische Ämter und Einrichtungen vorgestellt.	
29	4. Das Ausländeramt begrüßt den vom Land NRW angestoßenen Prozess der „Interkulturellen Entwicklung in den Ausländerbehörden“ und wird eine mögliche Umsetzung auch im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten prüfen.	<p>Die Ausländerabteilung hat umfangreiche organisatorische Änderungen durchgeführt. So wurden z.B. die Arbeitsgruppen „Terminvergabe und offene Sprechstunde“ durch personalwirtschaftliche Maßnahmen verstärkt und räumlich neu organisiert. Außerdem wurden Fortbildungsmaßnahmen zur interkulturellen Sensibilisierung der Mitarbeiter/Innen, Beseitigung von Verständigungsschwierigkeiten und Aufarbeitung fehlenden Wissens über kulturelle Hintergründe der Migrantinnen und Migranten durchgeführt. (Führungskompetenz, Bürgergespräche-Konflikt-Gespräche; Interkulturelle Kompetenz und Kommunikation; Gesprächsführung unter besonderen Bedingungen; Konfliktmanagement). Die Kosten trägt das Personalamt.</p> <p>Die Fortsetzung der Mitarbeiterausbildung im Rahmen finanzieller Möglichkeiten sowie ggfls. Reaktion auf evtl. erforderlich werdende personelle Maßnahmen ist vorgesehen.</p>
30	1. Zur weiteren Umsetzung der von der Stadt Bonn unterzeichneten „Charta der Vielfalt“ wird ein konkreter Maßnahmenkatalog erarbeitet.	<p>Am 28.10.2010 fand eine Informationsveranstaltung zur Charta der Vielfalt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung statt. Ideen und Anregungen zur Umsetzung der Charta der Vielfalt in der Stadtverwaltung wurden aufgenommen. Im Sommer 2011 hat der Oberbürgermeister dazu aufgerufen, der Charta der Vielfalt beizutreten. Dieser Aufruf wurde mit der bundesweiten Koordinierungsstelle in Berlin abgestimmt und gemäß Ratsbeschluss (siehe DS 0911647) über die Ämter an in Bonn ansässige Institutionen (Betriebe, Einrichtungen, Organisationen, Verwaltungen, Kindergärten, Schulen) versandt sowie über Internet und Medien verbreitet sowie in allen städtischen Gebäuden und Dienststellen ausgelegt. In ihrer Zusammenarbeit mit Organisationen, Institutionen usw. weist die Verwaltung stets auf die Charta der Vielfalt hin. 2013 soll zu einem Zusammentreffen der Bonner Charta-Unterzeichner eingeladen werden. Aus Sicht der Verwaltung ist die Umsetzung der Charta der Vielfalt ein Prozess. Sollten intensivere Aktivitäten notwendig erscheinen, müssten zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.</p>
31	2. Die Stadt Bonn entwickelt ein	In Bonn fehlt eine ausgewiesene interkulturell

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	<p>Konzept für eine „Interkulturelle Familienberatung“, die spezifische Hilfe und Beratung für Familien mit Migrationshintergrund anbietet. Bestandteil des Konzeptes soll Psychologische Beratung, Beratung zu Fragen der Entwicklung und Erziehung sowie Beratung zu spezifischen Themen (z.B. behinderte Kinder, religiöse Erziehung) und zu besonderen Problemlagen (z.B. Ehe- oder Erziehungsprobleme, Sucht und Abhängigkeit, Gewalt) sein. Das Konzept soll einen Realisierungsvorschlag und eine Finanzplanung enthalten.</p>	<p>konzipierte und personell entsprechend besetzte „Interkulturelle Familienberatung“. Etliche Beratungsstellen, Träger und Einrichtungen bemühen sich in ihrem jeweiligen Aufgabenfeld um interkulturelle Öffnung ihrer Angebote. Dennoch gibt es nach Einschätzung der Verwaltung nach wie vor eine Lücke. In Stadtteilen wie bspw. Auerberg, Neu-Tannenbusch, Medinghoven, Lannesdorf, Mehlem, Pennenfeld wird dies immer wieder deutlich. Die Verwaltung hat von der Konzepterstellung abgesehen, solange ein qualifizierter, unabhängiger Träger und finanzielle Fördermittel nicht in Aussicht stehen, sucht aber nach wie vor nach Möglichkeiten der Realisierung.</p>
32	<p>3. Für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden verstärkt Fortbildungen „Interkulturelle Kommunikation“ angeboten.</p>	<p>Für das Jahr 2012 sind Seminare im Bereich „Interkulturelle Kompetenz“, insbesondere für Ämter mit starkem Bürgerkontakt, durchgeführt worden. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bonn wurden für das Jahr 2012 15 Seminare angeboten. Die Seminarreihe läuft über das ganze Jahr. Insgesamt können so rund 225 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ geschult und sensibilisiert werden. Im Vorfeld wurden Wünsche zu den Seminarinhalten sowie der Schulungsbedarf bei einzelnen Ämtern abgefragt. Ergänzend wurden in den Jahren 2010-2012 a jeweils zwei Module der Nachwuchsführungskräfte-seminare zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ angeboten. Es konnten weitere 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult werden. Die beschriebenen Maßnahmen werden nach den hieraus resultierenden Ergebnissen in den Folgejahren fortgesetzt.</p>
33	<p>4. Der Dolmetscherpool wird zu einer Dolmetscher-Hotline weiterentwickelt, so dass städtische Ämter unkompliziert auf Dolmetscher zurückgreifen können.</p>	<p>Der Dolmetscherpool wurde in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt. Die Vermittlung über die Stabsstelle Integration hat sich für alle Seiten bewährt. Der Charakter als „Pool“ wurde daher bewusst beibehalten und von einer „Hotline“ abgesehen (siehe DS 1111603). Ämter, Einrichtungen und Organisationen, aber auch Privatpersonen, können unkompliziert Dolmetscher anfragen. Der jeweilige Auftraggeber trägt die Kosten des Dolmetschers. Zurzeit stellen 39 Übersetzer/innen ihre Dienste für</p>

lfd. Nr.	Priorität	Umsetzung
		26 Sprachen zur Verfügung.
34	5. Bis 2014 wird eine signifikante Erhöhung der Auszubildenden mit Migrationshintergrund angestrebt.	Aufgrund der unter Nr. 26 und 27 beschriebenen Maßnahmen ist bereits in den Jahren 2010 und 2011 eine deutliche Erhöhung der Zahl an Auszubildenden mit Migrationshintergrund auf jeweils mehr als 25 % gelungen. Ziel für die kommenden Jahre ist, den Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund auf hohem Niveau, das der Zusammensetzung der Bevölkerung in Bonn entspricht, zu stabilisieren und ggf. weiterhin zu steigern.
35	6. Bis 2014 soll die Zahl der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund deutlich gestiegen sein.	Im Rahmen des laufenden Prozesses zur Erhöhung der Anzahl der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund ist eine Steigerung zu verzeichnen. Im September 2010 waren insgesamt 718 tariflich Beschäftigte, im November 2011 781 tariflich Beschäftigte und 36 Beamtinnen und Beamte und im September 2012 831 tariflich Beschäftigte und 40 Beamtinnen und Beamte mit Migrationshintergrund bei der Stadt Bonn tätig. * In 2010 wurde die Zahl der Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund noch nicht statistisch erfasst.

6.6 Handlungsfeld Kultur, Sport und Freizeit

Maßnahmen

lfd. Nr.	Priorität	Umsetzung
36	1. Die Stadt Bonn arbeitet in der Initiative des Landes NRW zur interkulturellen Öffnung der Kultureinrichtungen mit.	Das vom Land NRW geförderte Projekt „interkultur.pro“ (www.interkulturpro.de) ist 2011 ausgelaufen. Im Rahmen der Erstellung des Kulturkonzeptes sind am Runden Tisch „Kulturelle Bildung/Interkulturelle Öffnung“ konkrete Maßnahmen erarbeitet worden, da die interkulturelle Öffnung mit zu den zentralen Forderungen gehört.
37	2. Angebote für Migrantinnen und Migranten - über die Erweiterung des Bestands an fremdsprachigen Büchern und Medien hinaus - werden im neuen Bibliothekskonzept berücksichtigt.	Das Bibliothekskonzept wird 2013 beraten und verabschiedet. Eine weitere Intensivierung der interkulturellen Öffnung mit verschiedenen Maßnahmen und Aktivitäten ist darin vorgesehen. Dazu gehören beispielsweise Literaturveranstaltungen (Lesungen) mit interkulturellen und Migrationsaspekten.
38	3. In einem mehrsprachigen Leseprojekt werden Großeltern mit Migrationshintergrund	Das Projekt „Unsere Omas und Opas erzählen in verschiedenen Sprachen“ ist vom Verband binationaler Familien (iaf e.V.) konzipiert wor-

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	<p>tergrund als zweisprachige Lese- und Sprachpatinnen und –paten für Kindertagesstätten und Grundschulen gewonnen.</p>	<p>den und wurde von 2009-2011 durchgeführt. In mehreren Kitas fanden Erzähl- und Vorleseangebote in vier Sprachen durchschnittlich einmal wöchentlich statt. Das Projekt wurde durch einen Zuschuss der Stadt Bonn ermöglicht. Generell haben mehrsprachige Vorleseprojekte in den letzten Jahren zugenommen und werden von verschiedenen Organisationen in Schulen und Kitas, aber auch von der Stadtbibliothek in Kooperation mit Vereinen durchgeführt.</p>
39	<p>4. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Bağlama (Saz) - Kurse der Musikschule wird fortgeführt. Die Kurse sollen auch im Rahmen von OGS-Angeboten stattfinden.</p>	<p>Die Bağlama-Kurse waren seinerzeit ein Versuch, Jugendliche mit einem Instrumentalangebot ihres Herkunftslandes (bzw. dem der Familie) in die Musikschularbeit zu integrieren. Nach anfänglichem regen Zuspruch nahm das Interesse trotz intensiver Werbung ab, so dass die Kurse eingestellt werden mussten. Das Angebotskonzept wird grundlegend überdacht.</p>
40	<p>5. Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund interessieren sich für HipHop und Rap. Die Musikschule strebt an, der Nachfrage Rechnung zu tragen.</p>	<p>HipHop und Rap ist ein Angebotsthema für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Die Musikschule hat versucht, für ein entsprechendes Angebot mit einem bekannten Bonner Rapper in der Realschule im Tannenbusch zu werben. Es gab zwar Interesse an der Informationsveranstaltung, aber anschließend keine Nachfrage. Eine Nachfrage ist auch zurzeit nicht vorhanden. Ein HipHop – Angebot der Musikschule hat sich inzwischen zu einem Tanzangebot (freier Gestaltungstanz) weiter entwickelt. Eine Nachfrage nach neuen HipHop – Angeboten besteht nicht. Es zeigt sich hier, dass die Szene eine Autonomie besitzt, die sich der „Lehrbarkeit“ entzieht.</p>
41	<p>6. Der "Tag der interkulturellen Begegnung" wird konzeptionell weiterentwickelt.</p>	<p>Die Verwaltung hat Ende 2009 einen Vorschlag zur Weiterentwicklung vorgelegt. Diesem hat der Rat am 16.12.2009 zugestimmt. Das „1. Internationale und interkulturelle Kultur- und Begegnungsfest“ der Stadt Bonn fand demnach im Jahr 2010 statt. Inzwischen zum dritten Mal, war am 01.07.2012 erstmals die Innenstadt Ort der Veranstaltung. Das Kultur- und Begegnungsfest soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 12.000 €. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.</p>
42	<p>7. Das Schwimmangebot des Sport- und Bäderamtes für deutsche und nichtdeutsche Frauen soll erhalten und</p>	<p>Die vorhandenen Kurse sollen erhalten und ggf. ausgeweitet werden. Konkrete Aussagen können erst nach Beschlussfassung über das Bäderkonzept erfolgen.</p>

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	weiter entwickelt werden.	
43	8. Nach Möglichkeit werden Schwimmkurse für Muslime sowie für Migrantinnen und Migranten angeboten.	siehe oben
44	9. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen kontinuierlich in interkultureller Kompetenz fortgebildet werden.	Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen wurden ebenfalls durch die vom Personalamt angebotenen Seminarreihe „Interkulturelle Kompetenz“ angesprochen. Seitens der Jugendpflege wurden zusätzlich berufsspezifische Fortbildungen im Kontext der interkulturellen Kompetenz in Zusammenarbeit mit dem LVR Rheinland und den ortsansässigen Wohlfahrtverbänden angeboten. Die beschriebenen Maßnahmen werden nach den hieraus resultierenden Ergebnissen in den Folgejahren fortgesetzt.
45	10. In den städtischen Ferienprogrammen sollen künftig mehr Angebote von freien Trägern aus dem Bereich Migration und Integration aufgenommen und mit ihnen verstärkt gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden.	In den letzten Jahren konnten die Kontakte zu Migrantorganisationen und interkulturellen Vereinen im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut werden. Dies hat in den Ferienprogrammen aber bisher kaum einen Niederschlag gefunden. Daher ist für die nächsten Ferienprogramme im Jahr 2013 geplant, freie Träger aus dem Bereich Migration und Integration gezielt anzusprechen, in die inhaltlichen Planungen einzubinden und im Hinblick auf eine Teilnahme an den Ferienaktionen zu beraten.
46	1. Angebote der kulturellen Einrichtungen und Institutionen werden nach Möglichkeit verstärkt in den Stadtteilen und in Kooperation mit Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen sowie in Zusammenarbeit mit Migrantorganisationen und Integrationseinrichtungen durchgeführt.	Für die Veranstaltungen „Rheinisches Lesefest Käpt'n Book“ und „KinderKunstKinder“ ist dies in besonderer Weise umgesetzt worden und soll fortgesetzt werden. Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen kooperieren auf vielfältige Weise mit Kulturinstitutionen. Aus Sicht der Verwaltung wäre wünschenswert, dass kulturelle Einrichtungen noch stärker und nachhaltiger mit Kitas, Familienzentren und Schulen zusammenarbeiten. Hierzu wird u.a. auch eine Beteiligung am NRW-Projekt „Kulturrucksack“ angestrebt. Auch mit Migrantorganisationen und Multiplikatoren der Integrationsarbeit gibt es immer wieder Kooperationen und Aktivitäten.
47	2. Die Bonner Buchmesse Migration wird gemeinsam mit dem Träger konzeptionell weiterentwickelt und von der Stadt Bonn nach Möglichkeit	Die achte Bonner Buchmesse Migration fand in der Zeit vom 24. bis 27.11.2011 im Haus der Geschichte statt. Sie wurde von der Stabsstelle Integration und vom Kulturamt unterstützt. Einige inhaltliche Schwerpunkte waren

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
	unterstützt.	im Vorfeld von den Veranstaltern mit der Stabsstelle Integration abgestimmt worden (z.B. der Schwerpunkt „50 Jahre Arbeitsmigration“). Die neunte Bonner Buchmesse Migration wird voraussichtlich im Herbst 2013 stattfinden. Seitens der Verwaltung wird angestrebt, die Bonner Buchmesse Migration auch 2013 mit Projektmitteln zu fördern.
48	3. Die Musikschule informiert über die große Bedeutung der Musikerziehung und wendet sich mit passgenauen Angeboten an Migrantinnen und Migranten, um sie stärker als bisher für Musikerziehung und Musikkultur zu gewinnen.	<p>Die Musikschule hat in erheblichem Umfang Angebote zur Musikerziehung, die auch von Kindern mit Migrationshintergrund genutzt werden, das gilt insbesondere auch für Standardangebote, wie der elementaren Musikerziehung. Ein besonderes Beispiel für ein „passgenaues Angebot“ ist der spanischsprachige Kinderchor, der sich von einem Projekt zu einer festen Unterrichtsstunde mit wachsender Teilnehmerzahl entwickelt hat. Die Angebote in den OGS sprechen mittlerweile niederschwellig Kinder aus allen Teilen der Gesellschaft an und eröffnen so einen Zugang von den Grundschulen her. Mittlerweile gibt es Unterrichtsangebote in 15 OGS, das Angebot wächst ständig. Aus Sicht der Musikschule ist gerade Musikunterricht hinsichtlich Literatur und ethnischen Wurzeln des genutzten Materials auf „Weltmusik“ ausgerichtet und zur Integration mit inkludierenden Konzepten besonders geeignet.</p> <p>Ein besonderes Angebot ist das Projekt „Sprachförderung durch Musikerziehung“, das zurzeit als sponsorenfinanziertes Pilotprojekt in einem Kindergarten in Dransdorf startet. Bei Erfolg soll dies auf weitere Kindergärten im Stadtgebiet übertragen werden.</p> <p>Im Lehrkörper der Musikschulen sind 18 Nationen und 29 Lehrkräfte mit eigenem Migrationshintergrund vertreten. Über die Musikschüler stehen diesbezüglich keine statistischen Materialien zur Verfügung. Nach Einschätzung der Musikschule hat ein deutlicher Teil der Musikschüler einen Migrationshintergrund.</p>
49	4. In Kooperationsprojekten werden Sport-Übungsleiter/innen mit Migrationshintergrund qualifiziert.	Das erste Kooperationsprojekt fand 2009 statt und wurde von der Stadt Bonn konzeptionell und finanziell unterstützt. Seit 2011 kooperiert der Stadtsportbund mit dem Kreissportbund Rhein-Sieg und die Ausbildung findet 2012 zum dritten Mal statt. Die Finanzierung erfolgt nach Angaben des Stadtsportbundes über einen Zuschuss des Landessportbundes aus dem Programm „Integration durch Sport“.

Ifd. Nr.	Priorität	Umsetzung
50	5. Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, Integrationseinrichtungen und Migranten-Sportvereinen wird unter Einbeziehung des Stadtsportbundes intensiviert.	Die Zusammenarbeit ist in Bezug auf zahlreiche Anliegen von Beteiligten (Migranten/innen, MSO, Sportvereine, Projekte u.a.), aber auch insgesamt intensiviert worden (Veranstaltungen, Projekte u.a.). Vielfach ist die Stabsstelle Integration die Schnittstelle zum Sport. Gemeinsam mit dem Stadtsportbund fand 2011 die Veranstaltung „Integration durch Sport“ statt. Die Zusammenarbeit wird fortgesetzt; zurzeit ist ein Flyer in Vorbereitung.
51	6. Geschlechtsspezifische Angebote in den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen erhalten bzw. ausgebaut werden.	Geschlechtsspezifische Angebote gerade auch für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden fortlaufend angeboten.
52	7. Der Anteil der Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in den städtischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen wird schrittweise erhöht.	<p>Die Erhöhung des Anteils des Personals mit Migrationshintergrund wird im laufenden Prozess umgesetzt und bleibt Ziel der Verwaltung. Bei den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst waren im November 2011 161 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt. Im September 2012 ist die Anzahl um 38 auf insgesamt 199 gestiegen.</p> <p>* Die Zahlen beziehen sich auf alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und enthalten auch die Beschäftigten in den Sozialen Diensten der Ämter 50 und 51 sowie in den städtischen OGS'en.</p>

Ergänzend zum Sachstand bezgl. der Maßnahmen nimmt die Verwaltung im Folgenden Stellung zu einzelnen Vorhaben oder Ankündigungen aus anderen Teilen des Integrationskonzeptes:

Bürgerbeteiligung

Bei der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an kommunalen Planungsprozessen sind Fortschritte vor allem in Stadtteilen feststellbar, wo ein entsprechend konzipiertes Quartiersmanagement eingerichtet wurde. Diese schaffen eine Verbindung zwischen den persönlichen Anliegen und Vorschlägen der Bewohnerinnen und Bewohner, dem allgemeinen Bürgerinteresse an einer Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil und dem Auftrag, die städtebauliche Funktion des jeweiligen Quartiers zu erhalten und zu stärken.

In Tannenbusch wurde im Jahr 2010 im Rahmen der „Sozialen Stadt“ ein intensiver Beteiligungsprozess eingeleitet, zu dem bisher drei Stadtteilkonferenzen und mehrere öffentliche Arbeitskreise gehörten. Migrantenorganisationen und interkulturelle Vereine haben in diesem Prozess eine aktive Rolle gespielt und tun dies noch. Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund wurden (unter anderem durch mehrsprachige Bürgerbriefe und Plakate) gezielt angesprochen und ermutigt, sich zu beteiligen. Gegenwärtig setzt das

Quartiersmanagement diesen Prozess fort, unter anderem in Form von Nachbarschaftsforen.

All dies sind positive Ansätze, die in den letzten Jahren entwickelt wurden und die der ethnischen und kulturellen Vielfalt in den Quartieren Rechnung tragen.

Handlungskonzept Wohnen

Im Dezember 2010 wurde die Verwaltung vom Hauptausschuss beauftragt, das von ihr entwickelte Wohnraumkonzept zu einem Handlungskonzept weiterzuentwickeln. Ein wesentliches Thema ist in diesem Zusammenhang die soziale Wohnraumversorgung mit der Zielsetzung einer angemessenen Versorgung einkommensschwacher Gruppen, in denen Migrantinnen und Migranten überproportional vertreten sind. Aufgrund zu geringer personeller Ressourcen konnte das Thema von der Verwaltung bislang nur in kleinen Schritten vorangebracht werden. Einem von der Verwaltung in die Ratsgremien eingebrachten Vorschlag zum weiteren Vorgehen (siehe DS 1013873NV5 und 1013873EB12) hat der Hauptausschuss am 21.06.2012 mehrheitlich zugestimmt. Neben zahlreichen anderen Faktoren werden auch die Wohnbedürfnisse von Migrantinnen und Migranten in einem zukünftigen Handlungskonzept zu berücksichtigen sein.

Unterstützung von Migrantenorganisationen

Die grundsätzlichen strukturellen Nachteile von Migrantenselbstorganisationen (MSO) bestehen nach wie vor, doch sind die Bemühungen, sie stärker zu unterstützen, deutlich forciert worden. So steht seit Herbst 2011 ein Büroraum im MIGRApolis – Haus der Vielfalt zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung; weitere Räume im Haus können nach Absprache von ihnen mitgenutzt werden. Die Finanzierung dieses „MSO-Büros“ erfolgt über einen institutionellen Zuschuss der Stadt an das Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen als Träger des Hauses. Um darüber hinaus dem Raumbedarf auch für Einzelveranstaltungen abzuwehren, hat die Verwaltung nach stadtweiter Abfrage eine Übersicht mit Räumen veröffentlicht, die in bestehenden Einrichtungen verfügbar sind. Diese Datei wird regelmäßig aktualisiert. In etlichen Fällen kam so die Raumnutzung in einem gewünschten Stadtteil zustande. Für Migrantorganisationen, die vor Ort dauerhaft einen Raum benötigen, ist dies aber keine Lösung.

Die finanzielle Förderung von Vorhaben und Aktivitäten von Migrantorganisationen und interkulturellen Trägern mit Projektmitteln der Stabsstelle Integration oder auch aus den Rücklagen der aufgelösten Engels-Marienforst-Stiftung ist aus Sicht der Verwaltung sinnvoll und hilfreich, da die Zielgruppe oft gut erreicht wird. Ohne deutliche strukturelle Förderung, für die keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, wird die Professionalisierung von Migrantorganisationen etwa durch mehr hauptamtliche Mitarbeiter/innen – die zur inhaltlichen und organisatorischen Durchführung von Projekten benötigt werden – aber weiter Zeit brauchen.

Stadt gegen Rassismus und Diskriminierung

Die Intensivierung des städtischen Engagements gegen Rassismus und Diskriminierung konnte bislang nur im Rahmen vorhandener Ressourcen in der Verwaltung erfolgen und über Projektförderungen unterstützt werden. Aktuell liegt den Fachausschüssen und dem Rat eine Beschlussvorlage vor, derzufolge Antidiskriminierungsarbeit ein neuer Schwerpunkt im „Kommunalen Integrationszentrum“ werden soll (siehe DS 1212584). In diesem Rahmen könnte dann auch die Mitgliedschaft im EU-Städtebündnis gegen Rassismus angestrebt werden.

Interreligiöser Dialog

Die Verwaltung schätzt und unterstützt die bürgerschaftlichen Dialogkreise in Bad Godesberg und im Bonner Norden. Die Gründung eines Dialogkreises in Beuel wird vorbereitet. Ein „Rat der Religionen“, bestehend aus christlichen, jüdischen, muslimischen, buddhistischen Vertreterinnen und Vertretern sowie Baha' i hat sich im Sommer 2011 konstituiert. Die Koordination liegt bei der Verwaltung.

Darüber hinaus war aus aktuellem Anlass insbesondere der Dialog mit Muslimen ein Schwerpunkt. Neben Veranstaltungen, Kooperationen und Projektförderungen ging es hier vor allem auch um den Moschee-Neubau an der Brühler Straße und um das DITIB-Bauprojekt am Hochstadtenring.

Online-Portal

Seit Juli 2010 gibt es mit dem Portal www.integration-in-bonn.de ein mehrsprachiges Online-Angebot, das wichtige Integrationsthemen abdeckt. Die Finanzierung des Portals wurde durch eine Projektförderung des Landes ermöglicht (Förderprogramm KOMM-IN NRW), die Konzeption wurde von einer Projektgruppe unter Leitung der Stabsstelle Integration entwickelt, in der mehrere Ämter der Stadtverwaltung, Migrantenorganisationen und Arbeitskreise des Netzwerks „Migranet“ vertreten waren. Auf dem Portal sind derzeit Informationen in fünf Sprachen abrufbar (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch). Für die Pflege der Inhalte sorgt die Stabsstelle Integration, die gegenwärtig alle Seiten noch einmal redaktionell überarbeitet. „Integration in Bonn“ verzeichnet pro Monat rund 4.500 unterschiedliche Besucher/innen und 32.000 Seitenaufrufe (Durchschnitt Januar-August 2012).

Netzwerk Migranet

Seit der Gründung von Migranet im Jahr 2002 hat sich die Integrationsarbeit inhaltlich stark verändert und neu ausgerichtet. Sie ist bezüglich ihrer Akteure vielfältiger, aber auch unübersichtlicher geworden. Unter diesen Vorzeichen müssen etablierte Träger und Wohlfahrtsverbände, ehrenamtlich getragene Migrantenorganisationen und interkulturelle Vereine nach Formen der Zusammenarbeit suchen, die ihren unterschiedlichen Arbeitsweisen und Interessen gerecht werden. Im Rahmen eines Experten-Netzwerks wie Migranet ist das nur begrenzt möglich. Arbeitskreise im herkömmlichen Sinn, die von Anfang an das Gerüst von Migranet bildeten, sind nicht für alle Organisationen gleichermaßen leistbar und effektiv. Von den ursprünglichen Migranet-Arbeitskreisen bestehen gegenwärtig noch drei: AK Kommunikation und Integration, AK Menschen ohne Papiere und AK Migration und Gesundheit. In ihnen haben sich vor allem Fachkräfte zusammengeschlossen, die zielgerichtet an konkreten Fragestellungen und Projekten arbeiten. Mit der Veranstaltung „Migranet – Das Bonner Netzwerk Integration“ hat die Stabsstelle Integration am 25.02.2011 versucht, einen Neustart von Migranet zu initiieren. Allein die Zahl von rund 75 Teilnehmer/innen machte deutlich, dass ein großes Interesse am Thema Vernetzung und an Veranstaltungen besteht, die einen gesamtstädtischen Austausch ermöglichen. Dennoch konnten die Voraussetzungen für eine inhaltliche und strukturelle Erneuerung des Netzwerks nicht geschaffen werden. Die Erfahrung seither zeigt, dass eine funktionierende Vernetzung aller Akteure sich nicht auf Arbeitskreise begrenzen lässt. Sie findet auch unabhängig davon statt – so oder so. Notwendig ist es allerdings, gesamtstädtische Foren für den Austausch zu schaffen. Mit verschiedenen Veranstaltungsformaten bietet die Stabsstelle Integration dies an. Ein einzelnes, gemeinsames Forum aller Akteure ist aus Sicht der Verwaltung nicht realisierbar.

Kommunale Strukturen

Mit dem von der Stabsstelle Integration in Abstimmung mit den beteiligten Ämtern 2009 vorgelegten und 2010 vom Rat beschlossenen Integrationskonzept endete wie mehrfach beschrieben ein jahrelanger Vorlauf. Gleichzeitig war das Konzept eine der ersten Aufgaben der 2008 ganz neu gegründeten Stabsstelle Integration. Daher sind die im Integrationskonzept genannten Vorschläge zur weiteren Strukturierung und Koordinierung der kommunalen Integrationsarbeit vor dem Hintergrund des damaligen Starts zu sehen. Im Verlauf der Jahre hat sich klar gezeigt, dass weder eine „ämterübergreifende Arbeitsgruppe“ in der Verwaltung noch eine Steuerungsgruppe aus Politik und Verwaltung in Bonn die richtigen und notwendigen Instrumente sind. Die themen- und aufgabenbezogene Zusammenarbeit der Stabsstelle mit nahezu allen Ämtern der Stadtverwaltung einerseits und die Arbeit von Integrationsrat, Ausschüssen und Rat andererseits machen zusätzliche Gremien entbehrlich. Zur Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes wird die Verwaltung wie an anderer Stelle ausgeführt einen Vorschlag vorlegen, um eine breite aber gleichzeitig effektive und leistbare Beteiligung sicherzustellen.

Monitoring

Zum systematischen Integrationsmonitoring gibt es nach Kenntnis der Verwaltung keinen entscheidend neuen Sachstand, mit dem dieses für Kommunen sinnvoll, leistbar und nutzbringend umsetzbar wäre.